

Bernhard Natter

Die “Bürger” versus die “Mächtigen” -

Populistischer Protest an den Beispielen Zwentendorf und Hainburg

„Zwentendorf“ und „Hainburg“ als Reizwörter haben über längere Zeit und immer wieder die innenpolitische Diskussion der letzten Jahre in Österreich bestimmt. Die Auseinandersetzungen um die Inbetriebnahme des ersten Atomkraftwerks Österreichs in Zwentendorf und die Errichtung eines Donaukraftwerks bei Hainburg haben weit über die in der Regel gegebene „sachliche, zeitliche, räumliche und soziale Begrenzung“¹ von Bürgerinitiativen hinaus Bedeutung erlangt - als Symptome gesellschaftlichen Wandels, als Meilensteine auf dem Weg zu einer breiteren Ökologiebewegung und „grünen“ Partei. Im folgenden wird zunächst zu klären sein, wie sich die Bewegung gegen die Kraftwerke in Zwentendorf und Hainburg formierte und verbreiterte und welcher politische Symbolgehalt den beiden „single issues“ über die naturschützerischen „Sachfragen“ hinaus zukam. Weiters wird zu analysieren sein, welche populistischen Elemente in ihren Politikformen enthalten sind und welche Bedeutung sie haben.

1. “Wir wollen unsre Nasen in unsere eigenen Angelegenheiten stecken” — Vom Lebens- und Naturschutz zum populistischen Protest

Kristallisationspunkt 1: Zwentendorf

1969 wurde der Bau eines kommerziell genutzten Atomkraftwerks im Energiekonzept der damaligen ÖVP-Regierung vorgesehen, nachdem alle gesetzlichen Grundlagen für den AKW-Bau durch einstimmige Parlamentsbeschlüsse in den sechziger Jahren geschaffen worden waren.² Unter der SPÖ-Regierung faßte 1971 die von Verbundgesellschaft und Landesgesellschaften (außer denen Wiens und des Burgenlandes) gegründete Gemeinschaftskernkraftwerk Tullnerfeld Ges.m.b.H. (GKT) den Baubeschluß für das AKW Zwentendorf. Dieser Beschluß dokumentierte die grundsätzliche Übereinstimmung aller maßgeblichen politischen Kräfte und der Sozialpartner in punkto Nutzung der Kernenergie.³

Gegen den Konsens der politischen und wirtschaftlichen Eliten in der Frage der Einführung der Kernenergie regte sich Widerstand zunächst nur vereinzelt und zaghaft von isolierten Initiativen und im lokalen Bereich. Der Protest wurde von der E-Wirtschaft mit einer Propagandaoffensive in den Medien beantwortet. Einzelne kritische Stimmen, etwa Biologen, brachten 1969 in persönlichen Vorsprachen bei zuständigen Politikern und in öffentlichen Stellungnahmen ihre Einwände vor (zum Beispiel in einem Kernkraft-kritischen Memorandum der niederösterreichischen Ärztekammer und durch eine Unterschriftensammlung für ein Volksbegehren gegen AKW durch den Verein *Gesundes Leben* und die Arbeitsgemeinschaft *Verhütet den Krebs*). An zwei Sternfahrten nach Zwentendorf und Protestkundgebungen auf dem zukünftigen Baugelände beteiligten sich 1971 zweihundert bis dreihundert Leute. In der Bevölkerung im Tullnerfeld artikulierte sich nur sehr vereinzelt Opposition gegen den Kraftwerksbau. Etwa fünfzig Zwentendorfer unterschrieben 1970/71 Vollmachten für eine Anfrage von Wiener Umweltschützern ans Parlament, zogen sie unter dem Druck der lokalen Eliten aber zurück. Der Wiener Umweltschützer Walther Soyka wurde 1972 beim Baubewilligungsverfahren in Zwentendorf von Polizisten aus dem Saal entfernt, als er - mit den Vollmachten von Anrainern ausgestattet - gegen die Errichtung des AKW Einspruch erheben wollte. (Betroffene Staatsbürger haben im Genehmigungsverfahren für AKW laut Strahlenschutzgesetz ausdrücklich keine Parteienstellung.)

Die österreichischen AKW-Gegner der späten sechziger und frühen siebziger Jahre, die generell als “eher apolitisch mit überwiegend konservativer Grundhaltung”⁴ charakterisiert werden können, blieben in dreifacher Hinsicht isoliert:

— Es gelang ihnen nicht, bei der unmittelbar betroffenen Bevölkerung des Tullnerfeldes

Eingang zu finden. Zu stark waren der Einfluß des ÖVP-Bauernbundes (vor allem in Gestalt des prononcierten AKW-Befürworters Maurer) auf die Großbauern der Umgebung und die Hoffnung auf wirtschaftlichen Aufschwung und neue Arbeitsplätze in der Pendlergemeinde Zwentendorf.

— Auch andere Protestpotentiale der Gesellschaft - etwa die neue Studentenbewegung oder die ‚Alte Linke‘ - waren noch ungebrochen dem Paradigma des ‚wissenschaftlich-technischen Fortschritts‘ verhaftet.

— Die Resonanz in der Öffentlichkeit, besonders in den Medien, war gering - ‚Umwelt‘ war noch kein vordringliches Thema.

Mitte der siebziger Jahre begann sich der Charakter der Opposition gegen Kernkraftwerke in Österreich zu ändern. Die punktuellen und wenig öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten von kaum organisierten Lebens- und Umweltschützern verbreiterten sich schließlich zu einer Bewegung, die neue Gruppen von Aktivisten und Sympathisanten erfaßte, gesamtösterreichische Organisationsstrukturen entwickelte und auf Bundesebene die Diskussionen und politischen Entscheidungsprozesse beeinflussen konnte. Die Bewegung war Motor und zugleich Nutznießer eines Brüchigwerdens des industriell-wachstumsorientierten Entwicklungsparadigmas bei Teilen der Bevölkerung.

Wichtige Schritte auf dem Weg zu einer Anti-AKW-Bewegung von gesamtösterreichischer Bedeutung waren die regionalen Anti-Atomkraft-Initiativen in Vorarlberg und Oberösterreich. Gegen den Bau des grenznahen AKW Rüthi in der Schweiz entwickelte sich ein breiter Widerstand in der Vorarlberger Bevölkerung - organisatorisch vor allem getragen vom konservativen *Weltbund zum Schutze des Lebens* und unterstützt von der größten Tageszeitung des Landes, den *Vorarlberger Nachrichten*. Die Anti-Rüthi-Märsche zwischen 1972 und 1975 mit Zehntausenden Teilnehmern und die in einer Meinungsumfrage dokumentierte fast einhellige Ablehnung des AKW-Baus veranlaßte schließlich die österreichische Bundesregierung zu einem offiziellen Protest bei der Schweizer Regierung. (Das AKW Rüthi wurde schließlich nicht gebaut.) Damit war die Kernkraftfrage indirekt als Thema der Bundespolitik anerkannt, obwohl die Vorgänge in Vorarlberg kein größeres Echo in der gesamtösterreichischen Öffentlichkeit fanden.

Die „Politisierung“ einer von den etablierten Entscheidungsträgern in Österreich bis zu diesem Zeitpunkt nur - nach der ‚Sachzwang‘-Logik - „technisch-instrumentell gehandhabten Materie“⁵ durch organisierten Widerstand von Teilen der Bevölkerung erfolgte dann vor allem in Oberösterreich. Gegen den Plan, ein AKW in Stein/St. Pantaleon zu errichten, regte sich sofort, vor allem von Aktivisten des oberösterreichischen *Naturschutzbundes* und *Weltbundes zum Schutze des Lebens*, Widerstand, der sich schließlich in der *Bürgerinitiative gegen Atomgefahren* (BIAG) organisierte. Mehrere Aspekte der oberösterreichischen Kernkraftgegnerschaft sollten für die weitere Entwicklung der Bewegung in Österreich von entscheidender Bedeutung sein, obwohl die Verhinderung der Inbetriebnahme Zwentendorfs in dieser Phase noch kein Thema war:

— Die Basis der aktiven Atomkraftgegner verbreiterte sich zum ersten Mal augenscheinlich über die im allgemeinen eher konservativen, älteren Mitglieder von traditionellen Naturschutzorganisationen hinaus auf einen Teil linker Studenten. Neben der BIAG wurde das hauptsächlich vom maoistischen *Kommunistischen Bund* (KB) Linz getragene *Aktionskomitee gegen den Bau des KKW in St. Pantaleon* aktiv. In dieser Phase kam es zwar zu keiner echten Zusammenarbeit zwischen den Hauptgruppen der oberösterreichischen Atomkraftgegner - selbst bei gemeinsamen Aktionen dominierten zum Teil die Auseinandersetzungen zu taktischen Vorgangsweisen und prinzipiellen Einschätzungen über das gemeinsame Ziel. Aber die Bauplatzbesetzung im Februar 1975 in Wyhl (BRD) durch Atomkraftwerksgegner aus verschiedenen Bevölkerungsschichten trotz eines massiven Polizeiaufgebots ermunterte nicht nur die österreichischen Atomgegner, sondern provozierte auch bei linken und radikaldemokratischen Gruppen, denen die Atomfrage bis dahin nicht so wichtig erschienen war, prinzipielle Diskussionen über Perspektiven von Basisbewegungen jenseits des Rechts-Links-Schemas.

— Der Widerstand gegen den Bau von Atomkraftwerken wurde zum wichtigen Kristallisationspunkt des entstehenden ökologischen Bewußtseins.

— Die selbst hierarchisch strukturierte BIAG erhob bereits demokratiepolitische Forderungen nach direkter Bürgerbeteiligung. Die Durchführung einer brieflichen „Volksabstimmung“ unter notarieller Aufsicht in St. Pantaleon durch die Bürgerinitiative - neunzig Prozent der Befragten sprachen sich bei einer Rücklaufquote von siebzig Prozent gegen den AKW-Bau aus - nahm

die Forderung der österreichweiten Anti-AKW-Bewegung nach Abstimmung von Betroffenen (in diesem Fall wurden alle österreichischen Wahlberechtigten als Betroffene definiert) vorweg.

— In der Bewegung gegen den Bau des zweiten österreichischen AKW wurden vielfältige Formen zur Herstellung einer Gegenöffentlichkeit verwendet, die auch in der Folge zentral blieben, wie Informations- und Diskussionsveranstaltungen, Kundgebungen und Demonstrationen, Informationsstände in den Straßen, Flugblätter, Sammeln von Unterschriften, Leserbriefe.

— Die wachsende Gegnerschaft gegen Atomkraftwerke in Oberösterreich, die Bundeskanzler Kreisky und Handelsminister Staribacher bei einer Diskussionsveranstaltung in Linz im April 1975 hautnah erfahren und die via TV und überregionale Zeitungen österreichweit Verbreitung fand, ließ nicht mehr länger zu, die Frage des AKW-Baus als ‚regionales‘ Problem zu behandeln. Mit Blick auf die Auseinandersetzungen in der BRD und die bevorstehenden Nationalratswahlen kündigte der Kanzler eine gesamtösterreichische Informationskampagne mit Podiumsdiskussionen mit Pro- und Kontra-Experten an, die unter anderem die Grundlage für den Parlamentsentscheid bilden sollte. Damit wurde die Kernkraftfrage auch offiziell zu einem allgemeinen Thema der Bundespolitik.

— Der Baubeginn des AKW Stein/St. Pantaleon wurde im April 1975 um ein Jahr verschoben, bereits im Sommer um mindestens weitere zwei Jahre, wodurch die früher veröffentlichten Prognosen der E-Wirtschaft über den Stromverbrauch widerlegt waren. Die Anti-AKW-Bewegung feierte einen ersten Erfolg im Widerstand gegen ein österreichisches Kraftwerk.

Die österreichweite Informationskampagne förderte 1976 den Zusammenschluß von überparteilichen AKW-Gegner-Gruppen und von Einzelpersonen zur *Initiative Österreichischer Atomkraftwerksgegner* (IÖAG), die sich gegen AKW und Atommüllagerung in Österreich und im grenznahen Ausland aussprach. Die IÖAG wandte sich ausdrücklich gegen die Inbetriebnahme des fast fertiggestellten und zunächst weitgehend akzeptierten AKW Zwentendorf. Die Bewegung gegen Atomkraft konzentrierte sich bis zur Volksabstimmung 1978 auf dieses ‚single issue‘, um die Effektivität zu erhöhen und die Mitarbeit möglichst vieler unterschiedlicher Gruppierungen zu ermöglichen. Mit der Beschränkung auf diese Hauptforderungen gelang es, die politisch sehr heterogenen Gruppierungen auf eine abgesprochene einheitliche Zielrichtung hin zu orientieren - obwohl zum Beispiel die Frage der politischen Durchsetzung der Forderungen oder der Einschätzung des Parlamentarismus zu internen Auseinandersetzungen besonders zwischen eher linken und konservativen Tendenzen führte und schließlich im Sommer 1978 mit der *Arbeitsgemeinschaft NEIN zu Zwentendorf* (ARGE) ein zweiter Dachverband gegründet wurde.

Die Zusammensetzung der gesamtösterreichischen Anti-AKW-Bewegung hatte sich grundlegend geändert: neben traditionellen Naturschützern, die besonders die regionalen Initiativen getragen hatten, lokal betroffener ländlicher Bevölkerung besonders im Waldviertel, wo ein Atommülllager geplant war, und einzelnen Wissenschaftlern spielten zunehmend junge Aktivisten eine große Rolle. So hatten sich zwischen 1975 und 1977 studentische Arbeitskreise in den Universitätsstädten gebildet, in denen die ‚neue Linke‘ - zunächst vor allem die maoistische - stark vertreten war. Später engagierten sich auch andere Gruppierungen wie die *Gruppe Revolutionäre Marxisten* (GRM) und die *Freie Österreichische Jugend* (FÖJ/BfS). Die meisten Studentenfraktionen und zum Beispiel katholische und sozialistische Jugendorganisationen gaben ebenfalls Stellungnahmen gegen die Atomkraft ab. Daneben bildeten sich überparteiliche und überregionale Initiativen wie „Mütter“, „Ärzte“ oder *Gewerkschafter gegen AKW*. Die Vielzahl kleiner und kleinster Aktivitäten im Bekanntenkreis war dann besonders in den Monaten vor der Volksabstimmung von entscheidender Bedeutung für die Bewegung.

Nachdem es der nach Gründung der IÖAG bundesweit und koordiniert auftretenden Anti-AKW-Bewegung gelungen war, die Informationskampagne der Bundesregierung 1976/77 in Veranstaltungen gegen Kernkraftwerke umzufunktionieren (am Tag der letzten Diskussionsveranstaltung fanden in mehreren Städten Demonstrationen statt), spitzte sich die Auseinandersetzung zu. Unter dem Drängen der Sozialpartner auf Inbetriebnahme von Zwentendorf trat zum einen die parteitaktisch motivierte Frage der Entscheidungskompetenz zwischen Regierungs- und großer Oppositionspartei in den Vordergrund, auf der anderen Seite begann die IÖAG, repräsentativdemokratische Entscheidungen grundsätzlich in Frage zu stellen.

SPÖ und ÖVP starteten Versuche, der jeweils anderen Partei die (Mit-)Entscheidung über die

zunehmend umstrittene Materie der Kernenergienutzung zuzuspielen. Die auf einen Pro-Atom-Kurs festgelegte SP-Regierung arbeitete auf einen Parlamentsentscheid hin, der sie von der alleinigen Verantwortung befreien sollte. Die ÖVP, die sich anhand der Kernkraftfrage - gegen massive Wirtschaftsinteressen in der eigenen Partei - als Opposition zu profilieren versuchte, wollte der Regierung die alleinige Verantwortung übertragen.

Die IÖAG brachte bei der Auseinandersetzung um die Parlamentsentscheidung vor allem anti-repräsentativdemokratische Argumente ins Spiel: Die Abgeordneten seien ihren Wählern nicht verantwortlich, diese könnten ihr Abstimmungsverhalten im Parlament nicht direkt bestimmen, wohl aber die Sozialpartner. Für die organisierten Atomgegner war eine Parlamentsentscheidung nur ein "Notariatsakt" zur nachträglichen Legitimation außerparlamentarisch längst gefallener Entscheidungen.⁶ Die von der Regierung geplante heimliche Anlieferung der Brennstäbe für das AKW - die IÖAG hatte Anfang 1978 die Pläne aufgedeckt - wurde in der Öffentlichkeit als Präjudizierung der Entscheidung aufgefaßt. Als die Lieferung trotz aller Proteste durchgeführt wurde, verstärkte sich dieser Eindruck. Die, anti-repräsentativdemokratische, Stoßrichtung "gegen den Parlamentsentscheid" zeigte sich dann besonders bei der zweiten und dritten der großen gesamtösterreichischen Demonstrationen 1977/78: Sie führten nicht mehr nach Zwentendorf, sondern zu den Symbolen repräsentativdemokratischen Entscheidens, zum Bundeskanzleramt und zum Parlament. Eine der Hauptlosungen bei der zweiten Demonstration ("Parlamentsdebatte über AKW ist ein betrügerischer Schmah")⁷ brachte die Stoßrichtung ebenso zum Ausdruck wie die Forderung nach einer Volksabstimmung bei der dritten.

Die Regierung entschied sich 1978 selbst für eine Volksabstimmung über Zwentendorf, nachdem keine Einigung zwischen den Großparteien zustande gekommen war. Sie wollte die Frage nicht zu einem Wahlkampfthema für 1979 machen und konnte laut Meinungsumfragen eine sichere Ja-Mehrheit für die Inbetriebnahme von Zwentendorf erwarten. Bei der Abstimmung am 5. November 1978 erreichten die Atomgegner eine knappe 50,47-Prozent-Mehrheit (bei einer Beteiligung von 64,10 Prozent). Diese Mehrheit war nicht nur ein Erfolg der Anti-AKW-Bewegung, sondern auch eine Folge parteipolitischer Akzentsetzungen.⁸

„Zwentendorf“ erlangte über die ‚Sachfrage‘ der Kernkraft hinaus Bedeutung, weil es zum ersten großen Kristallisations- und Kumulationspunkt in Österreich wurde für (in den späten sechziger und frühen siebziger Jahren allmählich entstandene oder allgemeiner akzentuierte, noch weitgehend ungerichtete, vereinzelte, unorganisierte und verschiedenartige) Unzufriedenheitsmomente bei Teilen der Bevölkerung in Fragen der Ökologie- und Demokratiequalität. Aus verschiedenen Quellen gespeistes Unbehagen an der herrschenden Logik des Primats des Wirtschaftswachstums gegenüber ökologischen Erwägungen und starren repräsentativdemokratischen Entscheidungsmustern artikulierte sich zum ersten Mal breitenwirksam und punktuell erfolgreich an der Atomfrage. Die Bewegung selbst spiegelte auch die zunehmende Bedeutung, die der Frage demokratischer Entscheidungsmuster zukam: Während dies für die eher paternalistisch organisierten Bürgerinitiativen der Frühphase noch kein Thema war, wurde die Frage der Entscheidungsfindung und der Koordination heterogener Interessen im Dachverband zumindest immer wieder diskutiert. Die Bewegung wurde auch zu einem Sammelbecken für alle, die ihren Unmut gegen "die da oben", die politischen und wirtschaftlichen Eliten, äußern wollten. In ihr bündelte sich aus unterschiedlichen Erfahrungen und Motiven entwickelte Unzufriedenheit mit Parteien- und Sozialpartnermacht zum über den konkreten Anlaßfall hinausgehenden populistischen Protest.

Die Sozialisationswirkungen auf Aktivisten der Bewegung - ansatzweise Wechselwirkungen zwischen ihren beiden ideologischen Polen - spiegeln die zunehmende Verschränkung der Umwelt- mit der Demokratithematik: ‚Reine‘ Umweltschützer wurden politisiert, ‚(neue)Linke‘ wurden ‚ökologisiert‘. So schrieb der Umweltwissenschaftler Peter Weish über seine Entwicklung: "Vor einigen Jahren habe ich zu meiner Verwunderung erkannt, daß Umweltschutz enorm viel mit Politik zu tun hat. Ich hatte bis dahin zu jenen gehört, die stolz darauf waren, sich nicht für Politik zu interessieren."⁹ Und der maoistische *Kommunistische Bund* ging praktisch in der Anti-AKW-Bewegung auf.

Kristallisationspunkt 2: Hainburg

Hainburg wurde - ähnlich Zwentendorf - erst nach einer Konfliktentwicklung von mehreren

Bernhard Natter • Titel: Der „Bürger“ versus die „Mächtigen“

Quelle in: Pelinka, Anton (Hg.): Populismus in Österreich. Edition Junius, Wien 1987, S. 151-170. • Quelle online: www.demokratiezentrum.org

Jahren¹⁰ zu einem Kristallisationspunkt für einen Protest, in den weit mehr als ‚nur‘ die ‚Sachfragen‘ des Kraftwerkbaus eingingen.

Die Planung und politische Entscheidung für den Bau des Donaukraftwerkes Hainburg schien zunächst nach den für den Bereich der Energiepolitik in Österreich gängigen Entscheidungsmustern abzulaufen. Das von den Sozialpartnern befürwortete, nach betriebswirtschaftlichen Kriterien von der Elektrizitätswirtschaft erstellte Ausbauprogramm für die Donau - die Österreichische Donaukraftwerke AG (DOKW) plante bereits in den fünfziger Jahren eine Staustufe bei Hainburg ein, die konkrete Planung erfolgte ab 1981 - wurde von den politischen Entscheidungsträgern übernommen. Das Kraftwerk Hainburg wurde in die staatlichen Energiekonzepte 1981 und 1984 und die Regierungserklärung 1983 aufgenommen und von den zuständigen Behörden bewilligt (Genehmigung nach dem Wasserrechtsgesetz und dem niederösterreichischen Naturschutzgesetz). Das geschah allerdings bereits in einem Klima wachsender öffentlicher Infragestellung des Projekts.

Naturschützerische Aktivisten bemühten sich Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre um eine Standortänderung, um den unter Landschaftsschutz stehenden Auwald möglichst zu erhalten. Eine erste Formierung der lokalen Naturschützer erfolgte in der *Bürgerinitiative Hainburg*, die gemeinsam mit Umweltwissenschaftlern Unterschriftenaktionen, Informationsveranstaltungen und Vorgesprächen bei einzelnen Politikern organisierte. Im Herbst 1982 bewilligte der internationale *World Wildlife Fund* (WWF) ein wissenschaftliches Projekt zur Rettung der Auwälder östlich Wiens.

Mit dem Start der WWF-Kampagne „Rettet die Auen“ im Februar 1983 und dem vom WWF angeregten Engagement der *Kronenzeitung*, in der auf die Unvermeidbarkeit einer Zerstörung der Aulandschaft durch den Kraftwerksbau und andere ökologische Folgeprobleme hingewiesen wurde, begann die Phase einer breiteren öffentlichen Diskussion durch Informationsveranstaltungen und Straßenaktionen der Gegner und eine große Publizität in den Medien. Inhaltlich verschob sich der Schwerpunkt der beginnenden Anti-Kraftwerk-Bewegung vom Naturschutz im engeren Sinn (Biotopschutz) zum Umweltschutz im allgemeinen und zur Energiepolitik im besonderen - zum Beispiel auf den ab September 1983 wöchentlich abgehaltenen Treffen im Wiener Cafe Motiv, dem sogenannten ‚Motiv-Plenum‘. Organisatorisch fand mit der Gründung der *Aktionsgemeinschaft gegen das Kraftwerk Hainburg* im Herbst 1983 eine weitere Formierung statt (Zusammenschluß von zwanzig Umweltschutzgruppen, Naturschutzvereinen und Bürgerinitiativen), und es erfolgte die Einbindung eines Teils der Alternativszene. Das Alternativreferat der Österreichischen Hochschülerschaft begann sich zur selben Zeit gegen den Kraftwerksbau zu engagieren.

Mit den Reaktionen auf die Ende 1983 von Landwirtschaftsminister Haiden erteilte Erklärung des Kraftwerkvorhabens zum „bevorzugten Wasserbau“¹¹ (vom WWF in einer Verfassungs- und Verwaltungsgerichtshofklage angefochten) trat ein zusätzliches inhaltliches Element in der Bewegung stark in den Vordergrund: Ausgehend von der Frage nach der Rechtsstaatlichkeit von bestimmten Behördenentscheidungen geriet zunehmend die Demokratiequalität überhaupt auf den Prüfstand der Hainburg-Gegner. Im Mai 1984 wurde das *Konrad-Lorenz-Volksbegehren* öffentlich vorgestellt, ein überparteiliches Personenkomitee, das vor allem aus bekannten Wissenschaftlern, Künstlern und Publizisten bestand und das den Zusammenschluß von Umweltgruppen und Verbänden als zentrale Organisationsform der Kraftwerksgegner ablöste. In der Erklärung zum Volksbegehren wurde eine prinzipielle „Wende“ in der Energie- und Umweltpolitik gefordert und die mangelnde Einbindung der Bevölkerung in Entscheidungsprozesse kritisiert:

„Überall im Land wachsen Bürgerinitiativen aus dem Boden. Die mangelnde Lernfähigkeit der Machthaber, ihr Versuch, die Bevölkerung vor vollendete Tatsachen zu stellen, erzeugt immer neuen Konfliktstoff.“¹²

Der Versuch der zuständigen Landes- und Bundesbehörden das Bewilligungsverfahren gegen breite öffentlich artikulierte Bedenken beschleunigt durchzuziehen¹³, obwohl die von Betreibern betonte energiewirtschaftliche Dringlichkeit des Kraftwerkes durch ein im November 1984 veröffentlichtes „Geheimpapier der Elektrizitätswirtschaft“¹⁴ widerlegt worden war, ließ den Konflikt noch mehr eskalieren und führte zu einer weiteren Problematisierung etablierter Entscheidungsmuster. Als Reaktion auf den positiven Naturschutzbescheid des niederösterreichischen Naturschutzreferenten Brezovsky besetzten am 27. November 1984 Hunderte Studenten das niederösterreichische Landhaus. Das Konrad-Lorenz-Volksbegehren überreichte Innenminister Blecha 10.000 Unterschriften gegen den Kraftwerksbau und appellierte an Politiker, die Zerstörung der Auen bei Hainburg nicht zuzulassen. Da Bundeskanzler Sinowatz

trotz wachsender Kritik am Naturschutzbescheid eine rasche Durchführung der Rodungsarbeiten ankündigte und Landwirtschaftsminister Haiden die wasserrechtliche Genehmigung und die Rodungsbewilligung erteilte, wurde die vom Konrad-Lorenz-Volksbegehren schon längerfristig angekündigte Sternwanderung in die Au bei Hamburg zu einer Kundgebung von nahezu 8.000 Menschen. Auf dieser Kundgebung am 8. Dezember 1984 wurde ein Aufruf zum gewaltfreien Widerstand gegen die Rodungsarbeiten erlassen. Die folgende Bauplatzbesetzung¹⁵ - anfangs durch einige Hundert, schließlich durch bis zu 5.000 Umweltschützer - beantwortete die Regierung zunächst mit zwei - sie bleiben vergeblich - Rodungsversuchen unter Einsatz der Exekutive, dann führte sie Verhandlungen mit Vertretern des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens. Die Verhandlungen ergaben eine viertägige Pause der Rodungsarbeiten. Nach Ablauf des Ultimatums kam es am 17. Dezember zu einem weiteren durch die Ausschützer verhinderten Schlägerungsversuch. Am selben Tag versammelten sich tausend Betriebsräte betroffener Branchen in Hainburg und kündigten einen Demonstrationzug zum Baugelände an. Erst auf Intervention der Regierung wurde die Demonstration abgesagt. Dafür wurde der Exekutive für den 19. Dezember Räumungsbefehl gegeben. Unter ihrem massiven Einsatz, der Dutzende Verletzte zur Folge hatte, wurde ein Areal, das etwa die Größe eines Fußballplatzes hatte, abgeholzt. Noch am selben Abend demonstrierten 40.000 Menschen in Wien ihre Solidarität mit den Aubesetzern. Ein weiterer geplanter Polizeieinsatz wurde abgeblasen und Bundeskanzler Sinowatz verkündete einen "Weihnachtsfrieden". Im Anschluß daran schob eine Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes (Zuerkennung der aufschiebenden Wirkung für Beschwerden des WWF und dreier Grundstückseigentümer gegenüber dem Wasserrechtsbescheid) die Rodung des Auwaldes auf. Die Regierung proklamierte am 4. Jänner 1985 eine "Nachdenkpause", in der die neu etablierte Ökologiekommision Entscheidungsgrundlagen für den weiteren Donauausbau erarbeitete, und im Herbst 1985 empfahl sie, auf den Bau des Kraftwerkes an diesem Standort zu verzichten.

Die Entwicklung der Bewegung gegen den Bau des Donaukraftwerkes Hainburg weist deutliche Parallelen zur Antiatombewegung auf: neben naturschützerischen Motivationen kamen bei den Aktivisten zunehmend prinzipiellere umweltschützerische und energiepolitische und schließlich auch - verstärkt durch die Art behördlicher und politischer Entscheidungen und den Polizeieinsatz in der Au - demokratiepolitische zum Tragen. Der gegen 'Zwentendorf' und 'Hainburg' engagierte Umweltwissenschaftler Bernd Lötsch sagte in diesem Sinne, Österreich sei "seit seiner Antiatomabstimmung 1978 Hoffungsland für Alternativdenker und Freunde der direkten Demokratie."¹⁶ Die Hainburger Au wurde für Teile der Besetzer zum willkommenen Anlaß, "ein Mehr an (direkter) Demokratie"¹⁷ zu fordern, zum Kristallisationspunkt für anti-repräsentativdemokratische ("wir wollen unsere Nasen in unsere eigenen Angelegenheiten stecken"¹⁸) und auch Anti-Staats-Gefühle. Beispielsweise verwies eine Au-Besetzerin in der Reflexion ihrer Motivationen gerade nicht auf umweltschützerische Ziele: "Mein Engagement für die Au kam ziemlich plötzlich, doch mein Wille zum Widerstand gegen die Staatsgewalt war bereits lange vorher vorhanden." In der Au kompensierte sie politische Frustrationen über die - in ihrer Diktion - vorangegangene "herbstliche Starre", zum Beispiel die Beschlüsse über die Stationierung der Pershing II in der BRD oder den Kauf von Abfangjägern in Österreich. "Hainburg hat für mich Symbolcharakter, ich möchte 'unseren' Mächtigen eins auswischen."¹⁹

2. "Der Unernst, das Bepelzte und Gefiederte..."²⁰ -Die Formen populistischer Bewegungspolitik

Die Bewegungen gegen die beiden Kraftwerke verwendeten besonders "symbolisch-expressive" Politikformen²¹ zur Beförderung ihrer Ziele. Dies ist Folge der außerinstitutionellen Verankerung populistischer Politik und soll diese zugleich dauernd demonstrieren.

Populistische Bewegungen, die nicht über die eingespielten Veröffentlichungsmöglichkeiten etablierter Partei- und Verbändepolitik verfügen²², sind mehr auf demonstrative, provokante, spektakuläre, emotionale, spielerische Formen der Interessenartikulation angewiesen. Denn nicht-etablierte politische Kräfte können wegen der Aktualitäts- und Sensationsfixierung der Medien Zugang zur massenmedialen Öffentlichkeit vor allem dadurch herstellen, daß sie Aufsehen erregen. Besonders die (prominenten) Exponenten der Bewegung gegen den Kraftwerksbau in Hainburg operierten - mit Seitenblick auf die Medienwirkung - mit expressiven, symbolhaften,

zum Teil rituell anmutenden Formen der Interessenartikulation. Das Konrad-Lorenz-Volksbegehren stellte sich beispielsweise am 7. Mai 1984 in Wien der Öffentlichkeit vor mit einer "Pressekonferenz der Tiere" - die Initiatoren hatten sich als durch den Kraftwerksbau bedrohte Tiere der Au verkleidet - und mit einem Zug der "Tiere" unter Führung einer Weinhauerkapelle zum Stephansplatz, wo unter dem Motto: "Hainburg muß gerettet sein, drauf trink ma jetzt a Glasl Wein" Wein gratis ausgeschenkt und getanzt wurde. Am 30. Mai 1984 leisteten Kraftwerksgegner auf der Burgruine von Hainburg einen "heiligen Schwur", für die Rettung der Au und Umweltschutz allgemein einzutreten ("Wir versprechen"). Im Oktober 1984 führten Umweltschützer mit Sunderlal Bahuguna, einem Vertreter der nordindischen "Chipko-Bewegung" gegen das Waldsterben, in der Hainburger Au eine Baumumarmung durch.²³

Die wichtigsten Mittel der Anti-AKW-Bewegung in ihren Bemühungen, via expressiver Politikformen Zugang zur massenmedialen Berichterstattung zu erlangen, waren die drei Großdemonstrationen und die Aktionstage, die gleichzeitig an verschiedenen Orten durchgeführt wurden. Eine der spektakulärsten kleineren Aktionen war der Hungerstreik der Vorarlberger *Mütter gegen Atomkraftwerke* im August 1977 vor dem Bundeskanzleramt. Weil in der Berichterstattung zur Zwentendorf-Abstimmung trotz dieser Bemühungen die Positionen von Parteien, Interessenverbänden und Institutionen über jene der nicht-institutionellen AKW-Gegner dominierten, kam der Basisarbeit der Bewegung zur Bildung einer Gegenöffentlichkeit durch eigene Veranstaltungen, Publikationen, Informationstische, Straßenagitationen, Straßentheater, Widerstandslieder (auch auf Schallplatten) und vor allem informelle Gespräche eine entscheidende Bedeutung zu.²⁴

Expressivere Politikformen der Umweltbewegungen haben nicht nur die Funktion, Zugänge zur Öffentlichkeit freizumachen, sondern sind per se Ausdrucksmittel der Abgrenzung zu etablierter Parteien- und Verbändepolitik. Die Form ist also zugleich immer auch Inhalt. Ein plebiszitär-demokratisches Politikverständnis stellte sich an den beiden Anlaßfällen gegen die in Österreich besonders ausgeprägte Repräsentativ-Demokratie. Es wurde versucht, repräsentativ-demokratisch gefällte Entscheidungen im Bereich der Energiepolitik durch nicht institutionelle, unkonventionelle, informelle, spontane, 'wilde' Formen politischer Partizipation rückgängig zu machen. Bewußtes Dramatisieren bis hin zu provokativen Regelverletzungen, zivilem Ungehorsam und gewaltfreiem Widerstand - wie im Falle der Aubesetzung - bestimmten die Konfliktaustragung, auch weil sich die Bewegungen gegen bereits beschlossene Maßnahmen nur so Gehör verschaffen konnten. Die Instrumentarien populistischen Protests sind Ausdruck dafür, daß Minderheiten einem "Systemzwang zum Radikalismus, zur ständigen Konfliktbereitschaft und zum bedingungslosen Angriff" unterliegen, während "für die Mehrheit eine Art Systemzwang zur Mäßigung, zum stets erneuten Bemühen um Konsens und Integration"²⁵ existiert. Während der Kompromiß, der Interessenausgleich im Zentrum nach geregelten Verfahren ablaufender etablierter Parteien- und Verbändepolitik in Österreich geht, stützten sich die Anti-,Zwentendorf'- und -,Hainburg'-Bewegungen gerade auf die "mobilisierende Kraft des Ausschließlichen".²⁶ Sie vertraten grundsätzlich nicht-verhandelbare, nicht-kompromißfähige Positionen. Die nicht-etablierten Kräfte bedürfen der Zuspitzung, des Konflikts, um etwas zu bewegen, während sich die etablierten Verbände- und Parteiliten zunächst auf die Legitimation durch die gewohnten konsensorientierten Verfahrensweisen und Inhalte zurückziehen, sich auf die Macht des Faktischen verlassen können.

Protest- und Bewegungspolitik hat als wichtige Legitimationsgrundlage 'Basisnähe' und ihren nicht-institutionellen Charakter, und beides muß sie dauernd unter Beweis stellen. Gegenüber den formellen, stark ritualisierten etablierten Politikformen - "grauer, fader Politik"²⁷ - muß diese Form politischer Interessenvertretung informelle Zugänge zur Politik, eine direktere Aneignung von Politik für potentielle Aktivisten ermöglichen und ständig signalisieren, gerade wenn die Kritik an repräsentativ-demokratischen Entscheidungsmustern zu den zentralen Inhalten gehört. Die kaum bis gar nicht institutionalisierten Politikformen halten die Teilnahmeschwelle niedrig und Verbindlichkeitsforderungen gering, eröffnen dem einzelnen als Akteur von vornherein mehr Einflußmöglichkeiten.

Bedeutende Teile der zwei Anti-Kraftwerksbewegungen demonstrieren ihre "Basis"-Verankerung in der rhetorischen Gegenüberstellung von "Staatsmacht" und "Bevölkerung". Die populistische "Volk gegen Regierung"-Rhetorik etwa der maoistischen Linken in der Anti-AKW-Bewegung wurde zwar nicht von allen Kräften geteilt - insbesondere nicht von differenziert klassenmäßig argumentierenden Teilen -, sie bildete aber doch eine auch für Konservative akzeptable Klammer zur Integration der ideologisch sehr heterogenen Anti-AKW-Gegner.

Hainburg-Aktivist:innen beschworen häufig die Dichotomie zwischen den "Mächtigen", "Funktionären" und "Politikern" einerseits und den "Bürgern" andererseits, die "tiefe Kluft, die sich zwischen denen da oben und uns da herunter aufgetan hat".²⁸ In der Demonstration gewordenen Weihnachtsmette in der Hainburger Au zum Beispiel offenbarte sich die Anti-Kraftwerks-Koalition auch als eine aus sehr unterschiedlichen Erfahrungen und Motivationen gespeiste Koalition gegen "die da oben".²⁹ Der populistische Anspruch, als Minderheit aktiver Ausschützer Interessen des ganzen ‚Volkes‘ gegen repräsentativ-demokratisch gefällte Entscheidungen zu vertreten, wurde wiederholt angemeldet: durch Bezug auf den Heimatbegriff ("unsere Heimat") etwa bei der Erklärung zur Einleitung des Volksbegehrens und im "Schwur von Hainburg"; durch österreich-patriotische Äußerungen, wie sie in der aus dem Bildungsgut-Wortschatz von Gymnasiasten entnommenen Formulierung "In unserem Lager ist Österreich" (in der Neujahrsproklamation 1985 der "Naturschützerinnen und Naturschützer in der Hainburger Au") oder in der Behauptung, "in der Hainburger Au [habe sich] eine neue österreichische Nation konstituiert" (in einem Manifest Friedensreich Hundertwassers)³⁰, zum Ausdruck kommen; und auch in der Verwendung von Österreich-Symbolen durch die Aubesetzer bei den Auseinandersetzungen mit der Exekutive, zum Beispiel Hissen von rot-weiß-roten Fahnen, Singen der Bundeshymne, Errichtung eines "Mahnmals" in der Au, eines Holzkreuzes, von dessen Querbalken die österreichische Fahne hing und das von liegenden Holzkreuzen und Stacheldraht eingesäumt wurde.³² Die populistische Rhetorik der Bewegung, die Berufung auf das Gemeinwohl, das von den politischen Entscheidungsträgern inhaltlich und durch die Bedingungen repräsentativ-demokratischen Entscheidens nicht wahrgenommen werde, diene der Legitimation eigenen "wilden" politischen Partizipierens als Widerstandselite mit allgemeinerem Vertretungsanspruch, die sich zunächst, weil sie keine aktuell wirksamen, artikulierten Mehrheiten hinter sich weiß, oft vor allem in moralisierender Form ausweisen kann - und sei es im Verweis auf die Nachgeborenen: "Dieses Land gehört unseren Kindern und Kindeskindern. Wir werden nicht zulassen, daß ihnen die Zukunft verbetoniert wird", heißt es im "Schwur von Hainburg".³³

Im Sog der populistischen Bewegungen startete Freda Meissner-Blau eine politische Blitzkarriere als ‚grüne‘ Spitzenkandidatin bei den Bundespräsidenten- und Nationalratswahlen 1986 der sich formierenden neuen Partei, die noch über keine vorgezeichneten Karrieremuster verfügt. Im Verlauf der Zwentendorf- und besonders der Hainburg-Ereignisse war sie - auch aufgrund des massenmedialen Hangs zur Personalisierung - zu einer der Symbolfiguren für populistische Protestpolitik geworden, zur Verkörperung für "neue Formen von Politik", wie sie in der Erklärung zum Konrad-Lorenz-Volksbegehren gefordert wurden.³⁴ Meissner-Blau, die schon für ihr Anti-Zwentendorf-Engagement öffentlich bekannt geworden war und sich selbst als "eine Aktivistin und keine Politikerin"³⁵ sieht, avancierte etwa durch die Teilnahme an der "Pressekonferenz der Tiere", durch den "gezielt" eingesetzten Vorwurf³⁶ an den niederösterreichischen Landesrat Brezovsky nach dem umstrittenen positiven Naturschutzbescheid für den Bau des Donaukraftwerks, er sei ein "Umweltverbrecher und Rechtsbrecher", und durch die Teilnahme an der Aubesetzung zu einer prominenten Vertreterin expressiver Politik. Die Reaktionen auf den "Umweltverbrecher"-Vorwurf - ihr spektakulärer Rausschmiß aus dem ORF, für den sie Diskussionsrunden ("Club 2") moderiert hatte, und eine Rüge vom Schiedsgericht der SPÖ, aus der sie später selbst austrat - machten sie als ‚Opfer‘ der "Mächtigen" (eine von Meissner-Blau häufig gebrauchte Bezeichnung aus dem Arsenal populistischer Rhetorik)³⁷ zu einer Projektionsfläche für die anti-institutionellen Vorstellungen der Bewegung: die Spitzenkandidatin als Verkörperung populistischer Bewegungspolitik an einem der Höhepunkte und in der Übergangsphase zur (sich formierenden ‚grünen‘) Parteipolitik.

3. Brüchigwerden des herrschenden Diskurses - Populistischer Protest als Ausdruck einer gesellschaftlichen Umbruchsituation

Der Populismus der Protestbewegungen gegen ‚Zwentendorf‘ und ‚Hainburg‘ - in ihrer außerinstitutionellen Verankerung, anti-repräsentativ-demokratischen Stoßrichtung, in ihrer anti-elitären, aber klassenunspezifischen Rhetorik und ihren expressiven Politikformen - ist Ausdruck einer gesellschaftlichen Umbruchsituation, einer Übergangsphase. Den punktuell anmutenden Konflikten kommt über die jeweiligen Einzelfälle hinaus Bedeutung zu als Auseinandersetzungen "um die themenpolitische Rangfolge auf der historischen

Tagesordnung³⁸, für neue, aus der herrschenden Logik selbst entstandene Problembereiche und neue, noch wenig bis gar nicht organisierte Bedürfnisse und Interessen bei Teilen der Bevölkerung. Entstehungsbedingung für Populismus ist in diesem Verständnis "eine Krise des herrschenden ideologischen Diskurses (...), die wiederum Teil einer allgemeineren Gesellschaftskrise ist", etwa dann, wenn "das System nicht mehr vollständig in der Lage ist, die Beherrschten zu neutralisieren".³⁹ Die "Unfähigkeit" der traditionellen Parteien und Wirtschaftsverbände, das Ökologieproblem als Folgeproblem der Logik ständigen Wirtschaftswachstums zunächst "in den vorhandenen ‚Diskurs‘ (...) einzuordnen, ohne daß die Konsistenz dieses Diskurses zerstört wird"⁴⁰, hat Bewegungen auf den Plan gerufen, die sich an einzelnen Kristallisationspunkten und aufgrund verschiedenartiger Motivationen und Unzufriedenheit zu formieren beginnen.

Die Ökologieproblematik⁴¹, die 1984 zur wichtigsten politischen Thematik bei der österreichischen Bevölkerung avanciert ist⁴², gewinnt ihre populistische Brisanz im Zusammenhang mit den populistischen Bewegungen vor allem aus zwei Gründen: Zum einen wird Wirtschaftswachstum von den politischen und Wirtschaftsverbände-Eliten als "Bedingung für die sozialpartnerschaftliche Austragung des Verteilungskonflikts" angesehen, ist es "diejenige systemkritische Variable (...), die für keine politische Gruppierung in den spätkapitalistischen Staaten zur Disposition steht" - sowohl aus "Selbsterhaltungs- und Stabilitätsinteressen der etablierten Institutionen des politisch-administrativen Systems" als auch aus "Interesse an der Erhaltung und Stabilität des sozioökonomischen Systems selbst".⁴³ Zum anderen rücken in den Bewegungen gegen einzelne Großprojekte die Muster repräsentativ-demokratischen Entscheidens mit ins Zentrum der Kritik, und damit wird deutlich, daß die im politischen ‚Normalzustand‘ gültigen Regeln bei einer Minderheit zumindest punktuell ihre legitimierende Funktion einzubüßen beginnen. Dies geschieht nicht zuletzt durch die Erfahrungen der Aktivisten mit konkreten energiepolitischen Entscheidungsvorgängen, zum Beispiel damit, daß die Parteistellung der betroffenen Bevölkerung bei der Genehmigung von Atomkraftwerken gesetzlich nicht vorgesehen ist, und mit dem beschleunigten behördlichen Bewilligungsverfahren im Fall Hainburg.

Mit dem betont ‚klassenübergreifenden‘ Charakter der Kraftwerksbetreiberschaft sowohl im Fall ‚Zwentendorf‘ als auch ‚Hainburg‘ - die Sozialpartner, die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände waren im Zentrum der Befürworter, wobei sich gerade der ÖGB durch seine besonders aktive Rolle auszeichnete⁴⁴ - und auch der Ökologieproblematik als solcher, die zunächst quer zu den ‚klassischen‘ Konfliktlinien entlang der Klassengegensätze steht, korrespondiert der klassenspezifische Charakter der Koalition der Kraftwerksgegner. Die Heterogenität der Widerstandskoalition - in der allerdings Arbeiter kaum bis gar nicht vertreten und junge, überdurchschnittlich gebildete Aktivisten deutlich überrepräsentiert waren - wird durch die populistische Rhetorik überhöht (‚die Bevölkerung‘ versus ‚die Mächtigen‘), die den Gegensatz betont zum meist im Konsensweg entscheidenden Elitekartell der Großverbände und auch der Großparteien, das zudem durch die starke innerverbandliche und parteiliche Zentralisierung nach "unten" hin deutlich abgeschottet ist. An den Kristallisationspunkten ‚Zwentendorf‘ und ‚Hainburg‘ konnte sich das weitverbreitete, aus unterschiedlichen Quellen gespeiste Unbehagen mit den traditionellen politischen Parteien⁴⁵ und Wirtschaftsverbänden in einem populistischen ‚Gegen-die-da-oben‘ entladen, das besonders bei den formal gebildeteren, weniger traditionell verhafteten, meist jüngeren Aktivisten oft verbunden ist mit eigenen weitgehenden politischen Partizipationsinteressen.⁴⁶ Die ‚wilden‘, informellen Partizipationsinteressen sind ein Indiz für das Ausscheren ideologisch heterogener, aber jedenfalls ökologisch nicht unterprivilegierten Teile der Bevölkerung aus der Logik neokorporatistischen Entscheidens - und das erfolgt gerade nicht aus ökonomischer Motivation und Notwendigkeit heraus.

Anmerkungen

- 1 Zu Kriterien für Bürgerinitiativen vgl. Anton Pelinka: Bürgerinitiativen - gefährlich oder notwendig? Freiburg-Würzburg 1978, S. 7f
- 2 Im folgenden stütze ich mich besonders auf: Erich Kitzmüller: Österreich - Verspäteter Atomzweig oder nichtatomarer Anfänger; in: Lutz Mez (Hrsg.): Der Atomkonflikt. Atomindustrie, Atompolitik und Anti-Atombewegung im internationalen Vergleich. Berlin 1979, S. 249-260 u. 221-228. Karl Manzano: Der Wandel der

- Bürgerinitiativbewegung im Laufe der 70er Jahre. Am Beispiel der Österreichischen Antiatomkraftwerksbewegung. Wien 1981 (Manuskript). Ders.: Anti-AKW-Bewegung in Österreich; in: Schulheft 7 (1979), H. 25, S. 65-73. Lidia Brandstätter/Michael Grosser/Hannes Werthner: Die Anti-AKW-Bewegung in Österreich; in: Umdenken. Analysen grüner Politik in Österreich. Wien 1984, S. 156-177. Franz Kok/ Christian Schaller: Restrukturierung der Energiepolitik durch neue soziale Bewegungen? Die Beispiele Zwentendorf und Hainburg; in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Jg. 15 (1986), H. 1, S. 61-72
- 3 Die Diskussionen innerhalb der E-Wirtschaft von 1968 bis zum Baubeschluß drehten sich vor allem um den Zeitpunkt des AKW-Baus aus Wirtschaftlichkeitsüberlegungen und waren geprägt von der Rivalität zwischen den mehrheitlich ÖVP-dominierten Landesgesellschaften und der SPÖ-dominierten Verbundgesellschaft, die vor der Einführung der Kernenergie für den Ausbau der Wasserkraft plädierte. Auf Betreiben der Industrie und der Landesgesellschaften trat dann auch die an die Regierung gelangte SPÖ für die sofortige Nutzung der Atomtechnologie ein.
 - 4 Kitzmüller, Österreich, S. 256 (Anm. 2)
 - 5 Kok/Schaller, Restrukturierung, S. 64 (Anm. 2)
 - 6 Initiativ, Dezember 1977, S. 4, 7, zitiert und referiert nach Manzano, Wandel, S. 34f (Anm. 2)
 - 7 Manzano, Wandel, S. 36 (Anm. 2)
 - 8 Zum Beispiel bewirkte das starke Engagement des SP-Bundeskanzlers Kreisky für Zwentendorf und die lavierende Haltung der ÖVP aus Oppositionskalkül heraus, daß die Anhänger der Volkspartei in einem hohen Ausmaß mit "Nein" stimmten. Vgl. Dieter Bichlbauer: Studie zur Volksabstimmung über die friedliche Nutzung der Kernenergie in Österreich aus demokratietheoretischer und soziologischer Sicht. Wien 1979 (Manuskript), S. 31f
 - 9 Peter Weish: Atomenergie und Verantwortung, in: Schmitz (Hrsg.): Wir tragen Verantwortung für die Welt von morgen. Wien 1978, S. 204, zitiert nach: Manzano, Wandel, S. 21 (Anm. 2)
 - 10 Bei der folgenden Beschreibung der Entwicklung der Bewegung gegen den Kraftwerksbau stütze ich mich besonders auf: Karl Wagner: Vom langen Marsch. Die Geschichte der Au-Erregung; in: Andreas Huber/Günther Nennung (Hrsg.): Die Schlacht der Bäume. Hainburg 1984. Wien 1985, S. 11-17. Kok/Schaller, Restrukturierung, S. 61-72 (Anm. 2). Hans Wösendorfer: "Hainburg", Konflikt und Planung. Wien 1986 (Manuskript)
 - 11 Wenn ein Kraftwerksprojekt zum bevorzugten Wasserbau erklärt wird, vereinfacht sich das bundesbehördliche Bewilligungsverfahren und macht "das Projekt als solches gleichsam unangreifbar". Karl Weber: Schlacht der Bäume - Schlacht der Paragraphen. Das juristische Dilemma von Hainburg; in: Huber/Nennung (Hrsg.), Schlacht, S.211 (Anm. 10)
 - 12 Erklärung zur Einleitung des Volksbegehrens am 14. Mai 1984. Presseclub Concordia, zitiert nach: Huber/Nennung (Hrsg.), Schlacht, S. 211 (Anm. 10)
 - 13 Am 26. November 1984 erteilte der niederösterreichische Naturschutzreferent, Landesrat Brezovsky, die naturschutzrechtliche Bewilligung, nachdem die erste Instanz - die Bezirkshauptmannschaft - einen negativen Bescheid erlassen hatte. Der Bescheid ist rechtlich umstritten, und gegen Brezovsky wurde öffentlich der Verdacht der Gutachtenmanipulation erhoben. (Zur Einschätzung des naturschutzrechtlichen Bewilligungsbescheids vgl.: Von Strukturproblemen des österreichischen Naturschutzes. Wien 1986 (= Rechtsgutachten Nr. 58 der Sozialwissenschaftlichen Arbeitsgemeinschaft), S. 26-28. Weber, Schlacht, S. 213-215 (Anm. 11). Am 6. Dezember 1984 erteilte Landwirtschaftsminister Haiden die wasserrechtliche und die Rodungsbewilligung für den Bau des Kraftwerks. (Zur Einschätzung vgl. Weber, Schlacht, S. 215f (Anm. 11))
 - 14 Bei einem internen Seminar der Elektrizitätswirtschaft in Gmunden - auch staatliche Stellen waren bewußt nicht eingeladen worden - wurden offensive Marketingstrategien (besonders Werbung für elektrische Heizungen) diskutiert, die dazu dienen sollten, den Stromüberschuß loszuwerden. (vgl. die in Huber/Nennung (Hrsg.), Schlacht, S. 63-71 (Anm. 10) abgedruckten Protokollauszüge)
 - 15 Zu den Ereignissen in der Zeit vor und während der Aubesetzung vgl.: Chronologie einer Besetzung; in: hainburg. ein basisbuch. Wien 1985, S. 151f, und die Darstellung der Ereignisse in den Kästen zu den Beiträgen in: Huber/Nennung (Hrsg.), Schlacht, S. 100-187 (Anm. 10)
 - 16 Bernd Lötsch: Land am Strome (I); in: Huber/Nennung (Hrsg.), Schlacht, S. 48 (Anm. 19)
 - 17 Felix Stelzer: Global denken - lokal handeln. Das Beispiel Hainburg; in: hainburg, S. 54 (Anm. 15)
 - 18 Huber/Nennung (Hrsg.), Schlacht, S. 35 (Anm. 10)
 - 19 Gundi Dick: Die Politik und das Leben; in: hainburg, S. 37 u. 40 (Anm. 15)
 - 20 Günther Nennung: Der Schwur von Hainburg; in: Huber/Nennung (Hrsg.), Schlacht, S. 30 (Anm. 10)
 - 21 Bernd Marin: Neuer Populismus und "Wirtschaftspartnerschaft". "Neo-korporatistische" Konfliktregelung und außerinstitutionelle Konfliktpotentiale in Österreich; in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Jg. 9 (1980), H. 2, S. 157
 - 22 Die *Neue Kronen Zeitung*, die mit Abstand meistgelesene Tageszeitung Österreichs, hatte sich allerdings bereits ab Sommer 1983 für die Ziele der Gegner des Donaukraftwerks Hamburg engagiert. (Zur begrenzten Wirksamkeit der Kronen-Zeitungs-Kampagne auf die Leser vgl. Ernst Gehringer: Ohnmacht der Massenmedienmacht? Die wahre Wirkung der "Kronen-Zeitung" am Beispiel Hainburg; in: Journal für Sozialforschung, 25 (1985), H. 2, S. 233-240, und Anton Pelinka: Hainburg - mehr als nur ein Kraftwerk; in: Andreas Khol/Günther Ofner/Alfred Stirnemann (Hrsg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 1985. Wien-München 1986, S. 101-104. - Zur Medienberichterstattung zu Hainburg allgemein vgl. Ruth Wodak/Florian Menz/Benedikt Lutz/Helmut Gruber: Die Sprache der "Mächtigen" und "Ohnmächtigen": Der Fall Hainburg. Eine sozio- und textlinguistische Analyse. Wien 1985, und dieselben: Hainburg und die Medien - die Wirklichkeit ist so, wie wir sie sehen wollen; in:

- Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Jg. 15 (1986), H. 2, S. 139-155.)
- 23 Huber/Nenning (Hrsg.), Schlacht, S. 23f, 33-35, 58-62 (Anm. 10) Zur symbolischen Bedeutung des Baumes für die Ausschützer vgl. Wilfried Datler/Gertraud Diem-Wille: Hainburg 1984 oder: Über Agieren, Widerstand und Durcharbeiten in der Au. Tiefenpsychologische Anmerkungen zu einem "Lehrstück politischer Bildung"; in: Alfred Pritz (Hrsg.): Das schmutzige Paradies. Psychoanalytische Beiträge zur ökologischen Bewegung. Wien-Köln-Graz 1986, S.101-110
- 24 Vgl. Hans Heinz Fabris (Unter Mitarbeit von Erich Geretschläger und Kurt Luger): Pro und kontra Zwentendorf. Basisinitiativen und Massenmedien; in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Jg. 9 (1980), H. 1, S. 69-80
- 25 Bernd Guggenberger: An den Grenzen von Verfassung und Mehrheitsentscheidung oder: Die neue Macht der Minderheit; in: Heinrich Oberreuter (Hrsg.): Wahrheit statt Mehrheit? An den Grenzen der parlamentarischen Demokratie. München 1986, S. 47
- 26 Guggenberger, Grenzen, S. 45 (Anm. 25)
- 27 Nenning, Schwur, S. 31 (Anm. 30)
- 28 Bernhard (o.N.): Hainburg war ein unbeschriebenes Blatt für mich; in: hainburg, s. 102f (Anm. 15)
- 29 Herbert Langsner: Stille Au, heilige Au; in: profil, Nr. 1, 31. Dezember 1984, S. 20f
- 30 Vgl. Huber/Nenning (Hrsg.), Schlacht, S. 28, 35, 162, 184 (Anm. 10)
- 31 Vgl. Marianne Enigl: "Ihr Schweine!"; in: profil, Nr. 53, Dezember 1984, S. 28
- 32 Foto des "Mahnmals"; in: Huber/Nenning (Hrsg.), Schlacht, unpaginierter Fototeil, S. 176ff (Anm. 10)
- 33 Huber/Nenning (Hrsg.), Schlacht, S. 35
- 34 Huber/Nenning (Hrsg.), Schlacht, S. 28
- 35 profil, Nr. 44, 27. Oktober 1986, S 26
- 36 Vgl. Freda Meissner-Blaus Aussage für profil, Nr. 4, 20. Jänner 1986, S.30
- 37 Vgl. z.B. ihren Artikel: Die Lehren aus Hamburg; in: Huber/Nenning (Hrsg.), Schlacht, S. 250 (Anm. 10)
- 38 Guggenberger, Grenzen, S. 47 (Anm. 25)
- 39 Ernesto Laclau: Politik und Ideologie im Marxismus. Kapitalismus - Faschismus - Populismus. Berlin 1981, S. 153f. Vgl. auch: Margaret Canovan: Two Strategies for the Study of Populism; in: Political Studies, Jg. 30 (1982), H. 4, S. 548f
- 40 Michael Jäger: Die Grünen - eine neue "Partei neuen Typs"?; in: Sozialliberalismus oder rechter Populismus? Berlin 1980 (= AS 51), S. 175
- 41 Zur Ökologiesituation in Österreich vgl. Werner Katzmann: Die ökologische Situation in Österreich; in: Umdenken, S. 9-21 (Anm. 2). Toni Kofler/Oskar Stocker: Öko-Insel Österreich? Wien-Köln-Graz 1985
- 42 Vgl. Fritz Plasser: Die unsichtbare Fraktion: Struktur und Profil der Grün-Alternativen in Österreich; in: Andreas Khol/Alfred Stirnemann (Hrsg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 84. Wien-München 1985, S. 137. 1986 rangiert der "Kampf gegen Lärmplage und Verunreinigung der Luft" bei neunzig Prozent der Befragten unter den sehr wichtigen politischen Aufgaben (vgl. Kurt Traar/Franz Birk: Der durchleuchtete Wähler in den achtziger Jahren. Sonderheft Wahlforschung, Journal für Sozialforschung, Jg. 27 (1987), H. 1, S. 43).
- 43 Hannes Wimmer: Institutionelle und soziale Bedingungen der Entstehung von Basisinitiativen am Beispiel der Anti-KKW-Gruppen; in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Jg. 9 (1980), H. 1, S. 58
- 44 Zur aktiven Rolle der Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter im Hamburg-Konflikt vgl. Ferdinand Karhofer: Von "Wiederaufbauern" und "Zubetonierern". Alte und neue Konfliktlinien in der Bauwirtschaft, S. 15-18 (Manuskript)
- 45 Aus Meinungsumfragen ist eine Zunahme der Aversionen gegenüber den traditionellen Parteien abzulesen: So gaben 1981 dreiundvierzig Prozent der Befragten an, sich über die politischen Parteien in Österreich geärgert zu haben, 1984 waren es bereits siebzig Prozent (vgl. Plasser, Fraktion, S. 136, Anm. 42).
- 46 Vgl. in diesem Zusammenhang die Wertwandel-Diskussion in Österreich - die Entwicklung von einer ‚materialistisch‘ geprägten Werthierarchie zugunsten eines zunehmenden ‚Postmaterialismus‘ besonders bei den eher jüngeren, formal überdurchschnittlich gebildeten und materiell relativ gesicherten Angehörigen der ‚neuen Mittelschichten‘. (Leopold Rosenmayr (Hrsg.): Politische Beteiligung und Wertewandel in Österreich. Wien-München 1980. Fritz Plasser/Peter A. Ulram: Unbehagen im Parteienstaat. Jugend und Politik in Österreich. Wien-Graz-Köln 1982)